

F

Protokoll

16. Sitzung des Generalrates vom 9. Oktober 2019

- Vorsitz: Hurni Stefan, Präsident
- Büro: Schick Thomas, Vize-Präsident, Senti Julia, Stettler André und Harald Weisse, Stimmenzählende
- Anwesend: Benninger Adrian, Blättler Grégory, Boerlin Yvonne, Bosch Brigitte, Burger Reto, Camp Karl-Heinz, Coopt Lara, Gammenthaler Christoph, Gaschen Christian, Gaschen Yannick, Grandjean Alain, Gutknecht Stefan, Hans Urs, Helfer Peter, Hofstetter Schütz Carola, Ith Markus, Jakob Christine, Jaloux Jeannine, Kaltenrieder Urs, Kocher Anton, Kramer Adrian, Kramer Liliane, Kramer Urs, Leu Martin, Liechti Werner, Leuenberger Jürg, Lüdi Alex, Lüthi Beat, Müller Chantal, Müller-Stöckli Patricia, Perler Thomas, Pfister Simon, Poffet Ivar, Raemy Samuel, Rau Adrian, Riesen Jeorge, Schopfer Christian, Schumacher Edith, Schüttel Alain, Videira Coelho Ana Daniela und Wüthrich Fritz
- Entschuldigt: Bula Thomas, Podaril Andreas, Scherz Fritz und Terreaux Hirschi Joëlle
- Beratend anwesend: Brechbühl Christian, Stadtammann, Schneider Schüttel Ursula, Vize-Stadtpräsidentin, Aebersold Andreas, Herren Rudolf, Schlüchter Petra, Schroeter Alexander und Thalman Käthi, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte
- Sekretär: Bandi Bruno, Stadtschreiber
- Durchführungsort: Saal im Hotel Murten, Bernstrasse 7, Murten
- Beginn der Sitzung: 20.00 Uhr

Der Vorsitzende begrüsst alle Anwesenden zur 16. Sitzung des Generalrates in der laufenden Legislatur. Besonders begrüsst werden die neuen Mitglieder der FDP-Fraktion im Generalrat. Dies sind Jeannine Jaloux und Yannick Gaschen. Der Vorsitzende stellt fest, dass die erforderlichen Unterlagen zur heutigen Sitzung frist- und formgerecht zugestellt wurden.

Appell

Gemäss Appell sind 46 Mitglieder des Generalrates anwesend. Das absolute Mehr beträgt somit 24 Stimmen. Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es liegen folgende Traktanden zur Behandlung vor:

- 1 Protokoll der Generalratssitzung vom 29. Mai 2019
- 2 Finanzplan 2020 – 2024
- 3 Reglemente
 - 3.1. Abfallreglement
 - 3.2. Hafenreglement
 - 3.3. Reglement über die Beteiligung der Gemeinde Murten an den Kosten der schulzahnärztlichen Behandlungen
- 4 Einbürgerungskommission, Ersatzwahl eines Mitglieds
- 5 Beantwortung offener parlamentarischer Vorstösse
- 6 Informationen des Gemeinderates
 - 6.1 Aktueller Stand zum Projekt Controlling des Gemeinderates
- 7 Verschiedenes

1. Protokoll der Generalratssitzung vom 29. Mai 2019

Herr Leu stellt den Antrag, in seiner Wortmeldung auf Seite 157 den Satz: «Es ist darauf zu achten, dass dies nicht eintrifft» zu streichen. Das Protokoll wird mit dieser Änderung einstimmig genehmigt.

2. Finanzplan 2020 – 2024

In seiner Einleitung hält Herr Gemeinderat Aebersold fest, dass der Generalrat mit der Zustellung des Finanzplans die Möglichkeit erhält, die Vermögens- und Ertragsentwicklung der Gemeinde Murten einzusehen. Der Gemeinderat hat sich intensiv mit der zukünftigen Ertragslage, der Verschuldung und den Investitionen auseinandergesetzt. Nach den

Ausführungen von Herrn Gemeinderat Aebersold ist der Finanzplan nebst dem Budget und der Rechnung ein wichtiges Steuerinstrument das aufzeigt, wie sich die Gemeinde Murten finanziell entwickeln wird. Der Finanzplan ist ein rollendes Planungsinstrument und berücksichtigt keine Projekte, deren Tragweite oder Kostenfolge nicht bekannt sind. Im Finanzplan sind daher keine Investitionskosten zur Umnutzung des Feuerwehrlokals an der Bernstrasse berücksichtigt, da noch vieles unklar ist. Die Nettoinvestitionen belaufen sich über die nächsten 5 Jahre auf CHF 23.9 Mio. Bis auf das Jahr 2021 ist das Investitionsvolumen deutlich geringer als in den vergangenen Jahren. Die Nettoschuld pro Einwohner/in wird bis ins Jahr 2024 auf CHF 40 Mio. ansteigen, was eine Pro-Kopf-Verschuldung von CHF 4'679.00 ergibt. Die Entwicklung der steigenden Kosten bedarf einer genauen Beobachtung durch den Gemeinderat und erste Massnahmen wurden bereits eingeleitet. Die finanzielle Lage der Gemeinde Murten kann als komfortabel bezeichnet werden und der überwiegende Teil der Investitionen sind langfristige und nachhaltige Investitionen.

Herr Gutknecht verweist im Namen der generalrätlichen Finanzkommission (FiKo) auf deren schriftlichen Bericht. Mit den geplanten Investitionen wird im Jahr 2024 voraussichtlich eine Nettoschuld von CHF 4'679.00 pro Einwohner/in resultieren. Von der kritischen Grenze der Pro-Kopf-Verschuldung von CHF 5'000.00 sind wir dann nicht mehr weit entfernt. In Zukunft sollen nur die sinnvollen und dringend notwendigen Investitionen vorgenommen werden. Die FiKo dankt dem Gemeinderat und dem Stadtkassier für die Erarbeitung des Finanzplans.

Laut Frau Kramer von der FDP-Fraktion wird der Cashflow in den nächsten Jahren aufgrund der Reduktion der Zahlungen der IB-Murten, den verminderten Steuereinnahmen bei den juristischen Personen und des hohen Investitionsvolumens zurückgehen. Weitere anstehende Projekte wie die Umnutzung des Feuerwehrlokals an der Bernstrasse sind noch nicht in die Investitionsplanung eingeflossen. Einzelne Projekte werden zukünftig genau geprüft und auf die Wichtigkeit und Dringlichkeit beurteilt werden müssen, denn das Bedürfnis nach einem Mehrzwecksaal steigt. Die Pro-Kopf-Verschuldung wird bis im Jahr 2024 auf CHF 4'679.00 steigen, bleibt jedoch unter der kritischen Grenze von CHF 5'000.00. Bei entsprechender Entwicklung des Cashflows und der damit verbundenen Finanzlage scheint es kein Potential für eine Steuersenkung zu geben.

Herr Liechti hält im Namen der SVP-Fraktion fest, dass in der Vergangenheit ein grosser Teil der vorgesehenen Investitionen im Finanzplan realisiert wurden. Das jährliche Investi-

tionsvolumen ist nach wie vor sehr hoch und es stehen weitere wichtigen Themen wie Umnutzung altes Feuerwehrlokal, Bau oder Kauf einer Mehrzweckhalle, Ersatz Fussballplatz an, die zusätzliche Investitionskosten verursachen werden. Diese Investitionen werden zu einer höheren Pro-Kopf-Verschuldung führen und wir sind von der kritischen Grenze von CHF 5'000.00 pro Einwohner/in nicht mehr weit entfernt. Nebst den bereits genannten Ursachen für die schlechtere Finanzlage werden auch immer mehr Kosten vom Kanton auf die Gemeinden umgelagert. Auch wenn in der heutigen Zeit Schulden ein Gewinn bringen, so könnten hohe Schulden zukünftig zu einer grossen Last werden. Die SVP-Fraktion wird in den kommenden Budgetberatungen vermehrt darauf achten, nur dringend benötigte Investitionen zu tätigen. Der aktuelle Steuersatz soll beibehalten und in den nächsten Jahren nicht erhöht werden. Die SVP-Fraktion dankt den Verantwortlichen der Gemeinde für das Erstellen des Finanzplans.

Die SP-Fraktion ist gemäss Herrn Riesen über die deutlich schlechtere Entwicklung nicht erfreut. Einige der Einbussen waren bereits bekannt und für andere, wie die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform, müssen konkrete Prognosen für die Gemeinde Murten erstellt werden. Offenbar bewirkt die Unternehmenssteuerreform einen Steuererlass bei den juristischen Personen von ca. CHF 1 Mio. pro Jahr, die entsprechend in der Gemeindekasse fehlen. Der tiefere Cashflow wird nicht überbewertet, da die geänderte Finanzierungsart der ARA Seeland Süd einen grossen Einfluss auf den Cashflow hat. Die SP-Fraktion möchte in der Planung sehen, wie der Gemeinderat den steigenden Ausgaben der grossen Investitionen und der materiellen Hilfe entgegenwirken will. Bei der Verschuldung beruhigt der Vergleich mit ähnlichen Gemeinde, die Nettoverschuldung sollte jedoch den Grenzwert von CHF 5'000.00 pro Einwohner/in nicht übersteigen. Es ist nicht der Zeitpunkt für Steuersenkungen, aber auch nicht für Steuererhöhungen. Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des Finanzplans.

Herr Leu von der CVP-glp-EVP-Fraktion weist auf die Nettoverschuldung im Jahr 2017 hin und stellt fest, dass sämtliche im FiKo-Bericht aufgeführten Gemeinden im kritischen Bereich einer Pro-Kopf-Verschuldung von CHF 5'000.00 pro Einwohner/in sind. Aus seiner Sicht ist das Thema der Steuersenkung in der Diskussion des Finanzplans fraglich und es ist sinnvoll, zuerst den Rechnungsabschluss abzuwarten. Herr Leu schliesst sich dem Dank der Vorredner an.

Der Generalrat nimmt Kenntnis vom Finanzplan 2020 – 2024.

3 Reglemente

3.1. Abfallreglement

Der Generalrat ist an seiner Sitzung vom 10. Oktober 2018 nicht auf das Abfallreglement eingetreten und hat dieses an den Gemeinderat zurückgewiesen. Frau Vize-Stadtpräsidentin Schneider Schüttel stellt die wichtigsten Anpassungen vor, die der Gemeinderat in Zusammenarbeit mit der Energie-, Umwelt- und Planungskommission (EUPK) erarbeitet hat. Der Preisüberwacher empfiehlt der Gemeinde Murten in seiner Stellungnahme zum Abfallreglement eine zusätzliche, höhere Gebühr für Einfamilienhäuser zu ergänzen, damit im Bezug zum Grüngutabfall dem Grundsatz der Verursachergerechtigkeit nachgekommen werden kann. Damit ab 1.1.2020 das Abfallreglement in Kraft treten kann, wird der Gemeinderat in Zusammenarbeit mit der EUPK in einer Teilrevision für das Grüngut eine verursachergerechtere Lösung anstreben.

Herr Gutknecht begrüsst im Namen der FiKo die rasche Erarbeitung einer neuen Version des Abfallreglements, in der einige Kritikpunkte korrigiert wurden. Gemäss den Berechnungen wird eine Kostendeckung von 100% angestrebt und aus finanzieller Sicht empfiehlt die FiKo dem Generalrat das Abfallreglement anzunehmen.

Herr Leu stellt im Namen der CVP-glp-EVP-Fraktion fest, dass bei dem grossen Aufwand, der für die Überarbeitung des Abfallreglements aufgewendet wurde, hätte erwartet werden dürfen, dass ein umfassendes Reglement dem Generalrat zur Beschlussfassung unterbreitet wird. Die nächste Baustelle an diesem Reglement ist bereits angekündigt, das Grüngut. Die Empfehlung der Preisüberwachung wurden nicht berücksichtigt und es ist fraglich, ob in einer späteren Teilrevision eine bessere Lösung für das Grüngut gefunden werden kann, die als Berechnungsgrundlage die Verbrauchsgebühr hat. Für die Abfuhr sind nun Fahrzeuge nötig, die auch die Container wägen können. Das verteuert die Fahrzeuge und die Betriebskosten. Auch schrumpft damit der Kreis der möglichen Entsorgungsunternehmen, da wohl nicht alle solche Fahrzeuge zur Verfügung haben. Die Gemeinde kann sich an Sammelcontainersystemen finanziell beteiligen, die diesbezügliche Grundlage für die Höhe der Beteiligung fehlt im Moment.

Die SP-Fraktion begrüsst die Option, dass das Gewichtssystem gewählt werden kann. Wie sich dies auswirkt, wird sich zeigen. Auch bezüglich dem Grüngut wird die SP-Fraktion dem Vorschlag des Gemeinderates folgen und begrüsst die pragmatische Lösung das Reglement zu genehmigen und in einer Teilrevision das Grüngut erneut zu diskutieren. Die SP-Fraktion ist bezüglich einer verursachergerechteren Entsorgung des

Grünguts offen und könne sich vorstellen, dass für die Gründgutcontainer und für die Äste Grüngutmarken gekauft werden müssen.

Für die FDP-Fraktion hält Urs Kramer fest, dass der Gemeinderat nach der Rückweisung des Reglements einen ausgewogenen Vorschlag unterbreitet. Möglich ist nebst dem Volumen auch das Gewichtssystem, was einzelnen Ortsteilen entgegenkommt. Die Wahl zwischen Volumen und Gewicht ist grundsätzlich für jeden einzelnen Haushalt möglich. Das Grüngut wird über die Grundgebühr abgegolten. Dieses Vorgehen dürfte bezüglich Bevölkerungsverträglichkeit ein guter Kompromiss sein. Der Vorschlag der Preisüberwachung ist kompliziert und in der Umsetzung nicht gerechter. Auch beim Sperrgut bleibt die Abdeckung durch die Grundgebühr vorläufig bestehen, wobei die Anzahl Sperrgut-Abfuhrten auf vier Abfuhrten im Jahr reduziert werden können. Die Ortsteile hatten eine weniger hohe Abfuhrkadenz als im Ortsteil Murten. Das vorliegende Abfallreglement ist ein gutes Reglement für eine nachhaltige Abfallentsorgung.

Frau Jakob von der FDP-Fraktion wird dem Abfallreglement aus persönlichen Gründen nicht zustimmen. Sie war in der Arbeitsgruppe, welche die erste Version des Abfallreglements erarbeitet. Aus nicht bekannten Gründen wurde diese Arbeitsgruppe für die Überarbeitung des Abfallreglements nicht mehr eingeladen. Das Prinzip der Verursachergerechtigkeit wird im Abfallreglement nicht mehr angewendet und besonders im Grüngut wird diesem Prinzip nicht Rechnung getragen. Frau Jakob spricht sich für die Verursachergerechtigkeit aus und wird dem Reglement nicht zustimmen.

Gemäss Herr Wüthrich von der SVP-Fraktion ist das Abfallreglement einige Schritte weiter, aber noch nicht am Ziel. Das Grüngut wird mit dem vorliegenden Reglement weiterhin über die Grundgebühr finanziert. Die SVP-Fraktion freut sich, dass das bereits gut funktionierende Gewichtssystem in einzelnen Ortsteilen beibehalten werden kann. Das Reglement hat einige Mängel, so wird beispielsweise der Transport kaum erwähnt, obschon gerade beim Transport etliche Kosten eingespart werden können. Die SVP-Fraktion nimmt den Gemeinderat in die Pflicht, sich dem Sparpotential anzunehmen.

Frau Vize-Stadtpräsidentin Schneider Schüttel geht auf das Votum von Frau Jakob ein und stellt klar, dass dem Prinzip der Verursachergerechtigkeit in beiden Systemen für die Hauskehrichtentsorgung (Volumen und Gewicht) Rechnung getragen wird. Beim Grüngut wurde vor einem Jahr eine verursachergerechtere Finanzierung vorgeschlagen, die keine

Mehrheit im Generalrat fand. Wenn keine Gebühren für die Entsorgung des Sperrgutes erhoben werden, ist dies grundsätzlich nicht verursachergerecht.

In der Detailberatung stellt Herr Stettler von der FDP-Fraktion zum Art. 18, Abs. 2 einen Änderungsantrag. Vorgeschlagen wird: «Normcontainer von 120 Liter bis 800 Liter.». Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Herr Stettler reicht zum Art. 33, Abs. 2 einen weiteren Änderungsantrag ein. Es wird ein neuer Punkt a) gewünscht: «CHF 13.00 für Container 120 l Inhalt». Auch diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Weiter bittet Herr Stettler den Gemeinderat, im Anhang (Art. 2) eine neue Gebühr vorzusehen: «120 Liter CHF 6.00 pro Marke». Der Anhang ist in der Zuständigkeit des Gemeinderates.

Der Generalrat verabschiedet das Abfallreglement mit 42 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen und setzt dieses per 1. Januar 2020 in Kraft.

3.2. Hafenreglement

Herr Gemeinderat Schroeter verweist auf die ausführliche Botschaft. Für die Vergabe der Bootsplätze ist die Sportkommission zuständig. Der Hafenmeister verwaltet jedoch zusammen mit der Verwaltung die Warteliste, und nicht die Sportkommission. Der Gemeinderat schlägt im Hafereglement daher eine Aufgabendelegation an die Verwaltung vor. Der PS-Zuschlag wurde vom Generalrat eingeführt und mit dieser Abgabe wurde beabsichtigt, kleinere Boote und PS schwache Boote zu bevorteilen, was in Anbetracht des kleinen Murtensee als sinnvoll erachtet wird. Der Gemeinderat hat den PS-Zuschlag nicht hinterfragt. Der Oberamtmann des Sensebezirks hat entschieden, dass die Formulierung im Hafereglement zu den Ermässigungen für Personen mit Wohnsitz in Murten unklar ist. Eine Änderung in Bezug zur Warteliste besteht darin, dass die interessierten Personen auf der Warteliste ihr Interesse laufend bekunden müssen. Dies sollte dazu führen, dass die Warteliste auf einen kleineren Umfang reduziert werden kann. Die Tarife wurden nicht erhöht oder geändert.

Herr Gutknecht verweist im Namen der generalrätlichen Finanzkommission auf deren schriftlichen Bericht.

Urs Kramer reicht im Namen der FDP-Fraktion einen Rückweisungsantrag ein. Die FDP-Fraktion kommt zum Schluss, dass das Hafentreglement in drei Punkten angepasst werden soll.

1. Murten ist die einzige Gemeinde in der Schweiz, welche für quadratmeterabhängige Bootsplatzmieten zusätzlich eine PS-Gebühr erhebt. Eine solche PS-abhängige Lenkungssteuer entrichten die Motorbootsbesitzer bereits mit ihren Bootssteuern beim Kanton. Eine doppelte Lenkungsabgabe wird als ungerechtfertigt erachtet. Mit dem Wegfall des PS-Zuschlags sollen die Quadratmeterpreise erhöht werden, damit die Gebühreneinnahmen gleich hoch bleiben.

2. In Bezug auf die in mehreren Artikeln erwähnten Bootseignergemeinschaft kommt es immer wieder zu Missbräuchen. Es wird eine klarere Regelung oder eine konsequentere Verfolgung gewünscht.

3. In der Hafentordnung soll bei der Nachtruhe ergänzt werden, dass die Ausfahrt von Fischerbooten während der Nachtruhe ausdrücklich erlaubt ist.

Gemäss den Ausführungen von Herrn Pfister ist die SVP-Fraktion grundsätzlich zufrieden mit den Anpassungen im Hafentreglement. Die Sportkommission aus der Entscheidungskompetenz zu nehmen, ist einzelnen Generalratsmitgliedern missfallen. Es geht um den Bootshafenplatz, unabhängig ob ein 1 PS oder 100 PS starkes Boot im Hafen liegt. Murten stand in letzter Zeit wegen den hohen Gebühren oft in der Presse. Es soll die Ungleichbehandlung der Bootsklassen aufgehoben werden.

Die SP-Fraktion nimmt laut Herr Camp erstaunt den Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion zur Kenntnis. Im Rahmen einer konstruktiven parlamentarischen Mitarbeit sollte man erwarten können, dass konkrete Änderungsanträge zur Diskussion gestellt werden. Der Gemeinderat hat entschieden, die Unklarheiten im alten Reglement zu beseitigen und einen Beitrag zu leisten zu einer umweltfreundlichen und nachhaltigen Nutzung des Murtensees. Vom PS-Zuschlag sind weniger als 20 Bootsbesitzer betroffen. Ein Reglement muss nicht allen Minderheiten gerecht werden. Im Gegensatz zu den Fahrzeugsteuern, werden von den kantonalen Bootssteuern keine Rückzahlungen an die Gemeinden geleistet. Anscheinend ist Murten die einzige Gemeinde, die einen solchen Zuschlag auf lärm- und emissionsreiche PS starke Motorboote verlangt. Schön, wenn wir die ersten sind und Pionierleistung erbringen.

Der Ehegatte von Frau Müller-Stöckli ist seit 20 Jahren auf der Warteliste für einen Bootsplatz im Hafen Murten und die Bestimmungen zu den Bootseignergemeinschaften sollte

überprüft werden, sollte das Hafereglement zurückgewiesen werden. Es sei erstaunlich wie einzelne Personen nach kurzer Zeit ein Boot im Hafen abstellen dürfen und andere über 20 Jahre warten.

Frau Hofstetter Schütz aus der CVP-glp-EVP-Fraktion findet es sonderbar, dass ein, aus heutiger Sicht visionäres Gebührensystem mitten in der Klimadebatte angepasst werden soll. Die CVP-glp-EVP-Fraktion sieht es positiv, dass die Gemeinde über Gebühren umweltbewusste Anreize schaffen will. Im Gegensatz zum Abfall oder Abwasser kann jeder selber entscheiden, ob er die Mieten im Hafen Murten akzeptieren will oder nicht.

Von der SP-Fraktion ist Frau Müller erstaunt über den Rückweisungsantrag. Der Vergleich mit dem Parkplatz für Motorfahrzeuge hinkt. Wenn der PS-Zuschlag entfällt, dann werden die Hafengebühren für Segelboote und für Motoboote steigen. Ein Umstand, der in der heutigen Klimadiskussion unverständlich ist.

Frau Senti weist darauf hin, dass die Überarbeitung des Hafereglements aufgrund von Einsprachen nötig wurde. Wenn der Generalrat kein Reglement verabschiedet, hat dies zur Folge, dass wieder ein Jahr die Vergünstigung für Personen in Murten auf dem PS-Zuschlägen gewährt wird. Damit der Gemeinde keine erneute Gebühreneinbusse entsteht, sollte auf das Reglement eingetreten werden.

Herr Gemeinderat Schroeter geht auf einzelne Fragen und Voten ein. Die Mitglieder der Sportkommission waren über die Überarbeitung des Hafereglements informiert. Zum 3. Punkt der FDP-Fraktion berichtigt Herr Gemeinderat Schroeter, dass ein Auto auch in der Nacht von einem Parkplatz fahren darf. Ein Fischerboot, das in der Nacht aus dem Hafen fährt, begeht keine Nachtruhestörung. Die Bootseignergemeinschaften machen dort Sinn, wo mehrere Personen von einem Hafenplatz profitieren können. Wenn sich einzelne Personen einen Vorteil erschleichen, dann ist dies auch eine Frage des Gewissens. Schliesslich erinnert Herr Gemeinderat Schroeter an die erfolgreich durchgeführte Vorprüfung des Hafereglements

Der Generalrat stimmt dem Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion mit 28 Ja- gegen 17 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung zu.

3.3. Reglement über die Beteiligung der Gemeinde Murten an den Kosten der schulzahnärztlichen Behandlungen

Herr Gemeinderat Schroeter verweist auch bei diesem Reglement auf die ausführliche Botschaft. In gewissen Fällen können Familien in prekären finanziellen Verhältnissen Beiträge erhalten. Das Modell mit den schulzahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen bei den bereits bestehenden Zahnarztpraxen soll weitergeführt werden und die vom Kanton vorgeschlagenen mobilen schulzahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen werden nicht gewünscht. Die Gemeinden des Primarschulkreises oder des OSRM Verbandes werden ein eigenes Reglement genehmigen, das möglichst gleich aussieht wie das der Gemeinde Murten, damit möglichst alle Kinder innerhalb derselben Schule die gleichen Leistungen und Bedingungen erhalten.

Herr Gutknecht verweist im Namen der generalrätlichen Finanzkommission auf deren schriftlichen Bericht.

In der Detailberatung wird das Wort nicht verlangt. Der Generalrat genehmigt das Reglement über die Beteiligung der Gemeinde Murten an den Kosten der schulzahnärztlichen Behandlungen mit dem Anhang 1 (Einschätzungstabelle) einstimmig.

4. Einbürgerungskommission, Ersatzwahl eines Mitglieds

Frau Lauper von der FDP-Fraktion, die zu Beginn der Legislatur vom Generalrat als Mitglied der Einbürgerungskommission gewählt wurde, hat am 2. Juli 2019 ihre Demission aus dem Generalrat und aus der Einbürgerungskommission gegeben. Die FDP-Fraktion nominiert Herrn Jürg Leuenberger in die Einbürgerungskommission. Die Durchführung der Ersatzwahl mit Handerheben wird nicht bestritten. Der Generalrat wählt Herrn Leuenberger einstimmig in die Einbürgerungskommission.

5 Beantwortung offener parlamentarischer Vorstösse

5.1. Postulat der SP-Fraktion und CVP-glp-EVP-Fraktion zum Velofahren in der Gemeinde Murten

Frau Vize-Stadtpräsidentin Schneider Schüttel empfiehlt dem Generalrat die Überweisung des Postulats zum Velofahren in der Gemeinde Murten. Das Postulat verlangt vom Gemeinderat die aktuelle Situation des Veloverkehrs in der Gemeinde Murten zu prüfen und darzulegen, mit welchen Massnahmen er gedenkt, diesen in Zukunft sicherer zu gestalten

und zu fördern (z.B. Ausbau von Fahrradwegen, Anschaffung von Cargo-Bikes, etc.). In der Ortsplanungsrevision hat der Gemeinderat ein paar Massnahmen vorgesehen, die teilweise bereits ausgeführt wurden. Die EUPK hat sich bereits mit den Fragen der Velosicherheit auseinandersetzt. Eine der Schwerpunkte heisst Veloverkehr und Veloförderung.

Frau Senti von der SP-Fraktion freut sich als Verfasserin des Postulates über den Bericht des Gemeinderats. Alle Einwohnerinnen und Einwohner sind von der Thematik des Veloverkehrs betroffen.

Herr Ith von der FDP-Fraktion dankt für die Einreichung des Postulates und dem Gemeinderat für die Zustellung der Stellungnahme. Massnahmen im Veloverkehr haben in der Regel finanzielle Konsequenzen und die FDP-Fraktion ersucht den Gemeinderat, die Investition auf ihre Notwendigkeit zu prüfen. Die Velosicherheit kann eventuell ohne hohe Investitionen erhöht werden, indem die Bevölkerung sensibilisiert wird.

Der Generalrat beschliesst einstimmig die Überweisung des Postulats der SP-Fraktion und CVP-glp-EVP-Fraktion zum Velofahren in der Gemeinde Murten.

5.2. Postulat der CVP-glp-EVP-Fraktion zum Hallen-, Schwimm- und Strandbad – Begrenzung des durch die Stadt Murten zu tragenden Betriebsdefizits

Herr Gemeinderat Schroeter empfiehlt dem Generalrat, das Postulat nicht zu überweisen und verweist auf die schriftlich ausgeteilte Stellungnahme. Auch wenn die Inhalte des Postulates absolut berechtigt sind, so sind einige der im Postulat gestellten Fragen bereits weit vorgeschritten und die Beantwortung des Postulates würde verhältnismässig viel Personalressourcen beanspruchen. In Bezug zur Mitfinanzierung des HSSB durch die Nachbargemeinden kann festgehalten werden, dass aktuell die Verhandlungen für die nächsten 5 Jahre geführt werden. In der Finanzierung wird ein pauschaler Betriebsbeitrag (analog Museum Murten) geprüft. Seitens des Generalrates wurde in den letzten Jahren mehr Transparenz gefordert, was sich mit einem pauschalen Beitrag erübrigen würde. Im nächsten Jahr sollen die Parkplätze bewirtschaftet werden, dazu ist die Anschaffung von Schranken vorgesehen. Es ist nicht vorgesehen, die Tarifstruktur zu ändern. Eine moderate Erhöhung der Eintrittspreise würde sich nicht wesentlich auf die Einnahmen auswirken.

Herr Leu dankt im Namen der CVP-glp-EVP-Fraktion für die interessanten Ausführungen von Herrn Gemeinderat Schroeter. Das Verfassen eines schriftlichen Berichtes innert 12 Monaten scheint in Anbetracht der ausführlichen Stellungnahme von Herrn Gemeinderat Schroeter zum vorliegenden Postulat keinen wesentlichen Aufwand zu sein.

Im Namen der FDP-Fraktion dankt Herr Ith der initiierenden Fraktion für das Postulat und dem Gemeinderat für seine Stellungnahme. Bei einer Überweisung des Postulats hat der Gemeinderat Zeit, einen Bericht zu verfassen. Die Umsetzung der Massnahmen wird dann zu gegebener Zeit erfolgen. Sollte das Postulat überwiesen werden, ist im substantiellen Bericht des Gemeinderats unter anderem ein Vergleich der Angebote und die Kundenorientierung zu thematisieren.

Der Generalrat beschliesst mit 24 Ja- gegen 17 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltung die Überweisung des Postulats der CVP-glp-EVP-Fraktion zum HSSB.

Frau Gemeinderätin Thalmann beantwortet die Anfrage von Frau Senti aus der SP-Fraktion zu 5G-Antennen. Zurzeit gibt es auf dem Gemeindegebiet Murten keine 5G-Antennen. Die Swisscom hat aber die Absicht angemeldet, zwei bestehende Anlagen (Bernstrasse 9 und Schlossturm) aufzurüsten. Der Gemeinderat erhält regelmässig von verschiedenen Stellen Informationen zu der 5G-Technologie. Grundsätzlich soll die Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) eingehalten werden, diese Vorgaben gelten national und werden vom Bund erlassen. Mobilfunkantennen müssen in der Bauzone errichtet werden. Die NISV schreibt die Strahlungsgrenzwerte vor, und diese müssen von den Betreibern eingehalten werden. Im Siedlungsgebiet kommt es sehr oft zu Wechseln der Bauzonen. Deswegen ist es für die Netzabdeckung nicht möglich, jeweils einen Abstand von 500 Meter zu jeder Schule oder jedem Wohnquartier zu berücksichtigen. Der Gemeinderat kennt keine Alternativen zu 5G-Antennen. Das Glasfasernetz ist komplementär zur 5G-Technologie.

6. Informationen Gemeinderat

6.1 Aktueller Stand zum Projekt Controlling des Gemeinderates

Herr Gemeinderat Aebersold präsentiert im Rahmen des Projekts Controlling den Status von drei Grossprojekten der Gemeinde Murten. Die dritte Ausbautetappe des Pflegeheims Jeuss steht noch aus, das Projekt und die Kosten sind im grünen Bereich. Die Fahrzeuge

der Feuerwehr sind letzten Samstag von der Bernstrasse an den Herrenschandweg umgezogen. Das Projekt ist von der Ausführung her abgeschlossen. Beim Schulhaus Längmatt, Teilprojekt II, ist der Gesamtstatus grün. Es sind noch einige Arbeiten offen, aber die Arbeiten sind auf Kurs. Das Teilprojekt III wird die Umgebungsgestaltung beinhalten und wird noch folgen.

Im Wissen, dass im Traktandum Verschiedenes eine Anfrage zum Mehrzwecksaal des Hotels Murten eingereicht wird, informiert Herr Stadtmann Brechbühl über den aktuellen Stand. Im Frühling 2019 hat der Gemeinderat beschlossen, eine Machbarkeitsstudie zur Liegenschaft an der Bernstrasse (altes Feuerwehrlokal) in Auftrag zu geben. In der Zwischenzeit hat der Besitzer des Hotels Murten der Gemeinde mitgeteilt, dass der Mehrzwecksaal im April 2020 geschlossen wird. In Anbetracht, dass die Projektstudie bereits erarbeitet wurde, fand im September eine Präsentation der Studie statt. Gleichzeitig hat der Gemeinderat beschlossen, die bereits erstellte Projektstudie an die neue Situation rund um die Schliessung des Mehrzwecksaals im Hotel Murten zu erweitern. Diese Resultate stehen noch aus.

7. Verschiedenes

Frau Senti reicht eine parteiübergreifende Anfrage zum Mehrzwecksaal des Hotels Murten ein. Aus der Zeitung hat der Generalrat erfahren, dass der Saal geschlossen werden soll. Es ist der einzige Saal seiner Art in der Gemeinde Murten. Die Nachricht über die Schliessung dieses Saals wird bedauert, schliesslich hat die Gemeinde in den vergangenen Jahren beachtliche Beiträge für die Erhaltung dieser Lokalität investiert. Im Namen aller Fraktionen wird der Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Der Saal wird per Ende April 2020 definitiv geschlossen, wann ist mit den Resultaten der Projektstudie zu rechnen?
2. Hat sich der Gemeinderat Murten schon Gedanken darübergemacht, wo er die Anlässe der Gemeinde, welche jeweils in diesem Mehrzwecksaal stattgefunden haben, in Zukunft durchführen will? Wenn ja, wo und ab wann?
3. Erachtet es der Gemeinderat für möglich, finanzielle Mittel in den Erhalt der Lokalität zu investieren? Wäre dies für die Finanzen der Gemeinde Murten zumutbar?
4. Gibt es Zukunftspläne für das bald ehemalige Feuerwehrlokal der Gemeinde Murten? Wären allfällige Synergien mit dem danebenliegenden Saal des Hotels Murten denkbar?

Der Gemeinderat wird die Fragen an der nächsten Generalratssitzung beantworten.

In einer persönlichen Erklärung dankt Herr Grandjean dem Gemeinderat für das überarbeitete Projekt betreffend die Errichtung eines provisorischen Parkplatzes (Schützenmatt). Mit der Überarbeitung müssen nur noch vier Pappeln gefällt werden, bei einer minimalen Einbusse der Anzahl Parkplätze.

Herr Blättler von der CVP-glp-EVP-Fraktion bittet den Gemeinderat im Zusammenhang mit der Schliessung des Feuerwehrlokals und der Lagerräume um die Beantwortung von folgenden Fragen:

1. Ab wann werden die verschiedenen Räumlichkeiten leer sein?
2. Wie werden die Räumlichkeiten zukünftig benutzt werden? Werden diese vermietet/verkauft oder in einer anderen Form für andere Zwecke zur Verfügung gestellt?
3. Kann sich der Gemeinderat eine Zurverfügungstellung des Feuerwehrlokals oder der weiteren Lagerräume an gemeinnützige Organisationen vorstellen?
4. Wenn nicht, für welche Zwecke werden diese Lokale durch das Gemeinwesen benutzt?

Der Gemeinderat wird die Fragen an der nächsten Generalratssitzung beantworten.

Frau Chantal Müller von der SP-Fraktion ist Co-Präsidentin von Palliative Fribourg, einer Organisation, welche sich mit dem Lebensende und dem Sterben auseinandersetzt. Sie fragt den Gemeinderat an, ob der Gemeinderat, resp. die Stadt Murten sich der Charta der wohlwollenden Stadt anschliessen möchte. Die Charta schlägt 13 Ideen vor, wie beispielsweise Murten eine wohlwollende Stadt werden kann.

Die Charta ist abrufbar unter: <http://www.palliative-fr.ch/charta-der-wohlwollenden-stadt/>. Der Gemeinderat wird an der nächsten Generalratssitzung auf die Anfrage eingehen.

Frau Hofstetter Schütz von der CVP-glp-EVP-Fraktion reicht eine Anfrage zur Kostenbeteiligung der umliegenden Gemeinden an die offene Kinder- und Jugendarbeit Murten ein. In einem Zeitungsartikel konnte entnommen werden, dass die umliegenden Gemeinden sich ausschliesslich an Projekten beteiligen würden und die Betriebskosten des Jugendhauses ROXX vollumfänglich von der Gemeinde Murten getragen werden. In diesem Zusammenhang stellt Frau Hofstetter Schütz folgende Fragen:

- Wurde in den letzten Jahren erhoben, aus welchen Gemeinden die Nutzerinnen und Nutzer des ROXX stammen?
- Hat sich der Gemeinderat über ein Mit-Finanzierungsmodell Gedanken gemacht?
- Hat der Gemeinderat in den letzten Jahren bereits das Gespräch mit möglichen Finanzierungspartnern gesucht?

Der Gemeinderat wird die Fragen an der nächsten Generalratssitzung beantworten.

Herr Urs Kramer von der FDP-Fraktion verabschiedet Frau Silvia Lauper und Herrn Ernst Thomas Gutknecht. In seinem Rückblick auf das politische Schaffen würdigt Herr Urs Kramer das grosse Engagement der beiden aus dem Rat zurückgetretenen FDP-Fraktionsmitglieder.

Schluss der Sitzung 22.50 Uhr.

Murten, 9. Oktober 2019

Namens des Generalrates Murten

Stefan Hurni
Präsident

Bruno Bandi
Sekretär